

**Antworten auf die Wahlprüfsteine
der Arbeitsgemeinschaft
Stoffspezifische Abfallbehandlung
anlässlich der Bundestagswahl
2017**

Abfallwirtschaft allgemein

Was plant Ihre Partei im Sektor Abfallwirtschaft / Kreislaufwirtschaft?

Was tut Ihre Partei, um das Potential der Branche (hohe Beschäftigtenzahl) auszubauen?

Wie schafft Ihre Partei günstige Rahmenbedingungen für die Abfallwirtschaft / Kreislaufwirtschaft?

Für uns bleibt die Müllvermeidung oberste Vorgabe des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Was anfällt, soll werkstofflich verwertet, also einem echten Recycling zugeführt werden. Nur das, was nicht recycelt werden kann, soll in die Verbrennung - am besten nach einer langen Kaskadennutzung. Die Produktverantwortung hat eine technologische Entwicklung, mehr Recycling und am Anfang zu sinkenden Verpackungsmengen geführt. Deshalb unterstützen wir auch die Bestrebungen der Europäischen Kommission bei der Weiterentwicklung der Abfallgesetzgebung.

Wir wollen:

- Uns dafür einsetzen, dass die Abfallberatung deutlich bürgerfreundlicher und verständlicher wird und vor allem wieder den Schwerpunkt auf die Abfallvermeidung legt.
 - Eine einfache und praktische Mülltrennung. Verpackungen und andere Gegenstände aus Plastik oder Metall in zwei unterschiedlichen Behältern zu sammeln, um sie dann in zwei unterschiedlichen Systemen weiter zu behandeln, macht keinen Sinn. Dies ist aber weiterhin Standard in vielen Regionen. Wir wollen ein zweites Leben für die Plastikente und nicht ihre Verbrennung.
 - Eine wirkliche Ökologisierung der Lizenzentgelte für Verpackungen hin zu einer Ressourcenabgabe. Gut wiederverwertbare oder recycelbare Verpackungen müssen gegenüber materialintensiven oder schwer recycelbaren Verbundstoffverpackungen einen Marktvorteil bekommen.
 - Anreize für ressourcenschonendes und umweltfreundliches Design schaffen. Geräte müssen langlebig und reparierbar sein, um die Umwelt zu schonen. Gerade auch der frühzeitige Verschleiß bei Geräten ("geplante Obsoleszenz") verursacht nicht nur unnötigen Müll sondern auch Ärger und Kosten bei den VerbraucherInnen.
 - Eine staatliche Überwachung und keine reine Selbstüberwachung derjenigen, die den Verpackungsmüll zu verantworten haben. Hierzu muss die eingeführte "Zentrale Stelle" mit hoheitlichen Befugnissen unter dem Dach des Umweltbundesamtes ausgestattet werden
 - Schadstoffe aus den Produkten und damit aus dem Abfall heraushalten. Deshalb werden wir uns auch weiterhin um die Fortentwicklung der europäischen Schutzvorschriften wie z.B. REACH kümmern.
 - Ein europaweites Deponierungsverbot von unbehandelten haushaltsnahen Abfällen, wie es bei uns schon lange Standard ist.
 - Eine Pfandpflicht auf alle Einwegplastikflaschen und alle Getränkedosen. Vorbei sollen die Zeiten sein, bei denen man seine Getränkeverpackungen zum Automaten schleppt, nur um festzustellen, dass gar kein Pfand drauf ist, weil Saft oder Molke drin war.
- All das schafft den Rahmen für die Kreislaufwirtschaft der Zukunft.

Kaskadennutzung

Plant Ihre Partei eine Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, damit die Kaskadennutzung von Bioabfällen gefördert wird?

Wir wollen Bioabfälle besser nutzen. Insbesondere wollen wir, dass die seit 2015 bestehende Pflicht zu getrennter Bioabfallsammlung überall durchgesetzt wird und die Sammlung auch qualitativ und quantitativ durch entsprechende Bürgerinformation verbessert wird.

Welche Anreize plant Ihre Partei, damit eine langfristig kostenoptimale Biomassenutzung möglich ist?

Wir wollen die Förderbedingungen für die umweltverträgliche Nutzung von Bioenergien im EEG verbessern und bedarfsorientiert ausrichten. Zudem wollen wir durch den Kohleausstieg fossile Überkapazitäten abbauen sowie die Nutzung erneuerbarer Wärme ausbauen. Beides würde die Wettbewerbssituation von Bioenergieanlagen verbessern.

Welche Chancen sieht Ihre Partei, der Biomasse auf Dauer denselben Stellenwert wie anderen Energieträgern einzuräumen?

Biomasse hat einen besonderen Stellenwert, da sie im Unterschied zur Stromerzeugung aus Wind und Sonne steuerbar ist. Dem entsprechend wollen wir sie im Markt stärken.

Wie beurteilen Sie folgende Aussage: „Bioenergie ist ein unverzichtbarer Bestandteil eines erneuerbaren Energieversorgungssystems und „als speicherbarer erneuerbarer Energieträger in Deutschland eine wichtige Stütze für die Energiewende.“

Diese Sichtweise unterstützen wir. Umweltverträgliche Bioenergien sind aufgrund ihrer Speicherbarkeit unverzichtbar in dem von uns angestrebten vollständig auf Erneuerbare basierenden Energieversorgungssystem.

Energie

Was plant Ihre Partei, um den effizienten Einsatz von Biomasse zu fördern?

Die Ergebnisse der ersten Ausschreibung werden von uns kritisch analysiert werden. Grundsätzlich wollen wir die Ausschreibungsmengen erhöhen und sie an die umweltverträgliche Erzeugung sowie die bedarfsorientierte Stromerzeugung ausrichten. Darüber hinaus sind die Ausnahmeregelungen für die Ausschreibung zu überprüfen.

In welchen Bereichen und Sektoren sollte Biomasse in begrenztem Umfang langfristig zur energetischen Verwendung eingesetzt werden, damit sie eine kostenoptimale Erreichung der Energie- und Klimaziele unterstützt?

Priorität hat der Einsatz zum Ausgleich fluktuierender Wind- und Solarstromerzeugung sowie als erneuerbare Wärmequelle im Rahmen von effizienten Nahwärmesystemen.

Welche Chancen ergeben sich zukünftig im Strommarkt 2.0 für Flexibilität, die durch Biomasse bereitgestellt wird?

Unser Ziel ist es, einen „ökologischen Flexibilitätsmarkt“ einzurichten, auf dem klimaverträgliche

Technologien sich um die Bereitstellung von Kapazitäten zur Absicherung der Stromversorgung bzw. zur Stabilisierung der Netze bewerben können. Für erneuerbare Energie aus Biomasse kann und soll sich hier ein neuer Markt entwickeln.

Was kann Ihre Partei tun, um eine sinnvolle Kreislaufwirtschaft von Recyclingmaterial zu stärken?

Wir wollen mit finanziellen Anreizen den Einsatz von Recyclingmaterial belohnen. Außerdem werden wir umweltschädliche Subventionen abbauen, das schafft umweltfreundlichen Produkten relative Marktvorteile.

Welche Zielvorgaben strebt Ihre Partei für die Wärme – und Stromerzeugung bis 2030 an?

Wir wollen bis 2030 vollständig auf erneuerbar erzeugten Strom umsteigen. Im Wärmebereich wollen wir dies bis spätestens 2050 erreichen. Bis 2030 müsste der erneuerbare Wärmeanteil dann in etwa bei einem Drittel liegen.

Spezielle Fragen zur Stromerzeugung

Gibt es Pläne Ihrer Partei, das EEG erneut zu novellieren? Und wenn ja, mit welchem Ziel?

Wir wollen die von der aktuellen Regierung angezogenen Bremsen für den Ausbau erneuerbarer Energien lösen. Konkret werden wir die im EEG verankerten Obergrenzen für den Ausbau erneuerbarer Energien für die Jahre 2025 und 2035 sowie den Deckel für Solarstrom von 52 GW streichen und die Ausschreibungsmengen so erhöhen, dass die vollständige Umstellung auf erneuerbar erzeugten Strom bis 2030 erreicht werden. Damit kann Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommens erfüllen. Darüber hinaus wollen wir durch die Streichung der EEG-Umlage für Eigenstrom aus erneuerbaren Energien („Sonnensteuer“) und die Ausweitung von Mieterstrommodellen auf Quartiere und Gewerbebetrieben den Solarstrommarkt außerhalb der konventionellen EEG-Förderung voranbringen. Und nicht zuletzt wollen die die EEG-Kosten fair verteilen, d. h. die Industrieprivilegien abschmelzen und überprüfen, ob diese aus dem Bundeshaushalt finanziert werden können.

Welche Rolle nimmt nach Ansicht Ihrer Partei der Strom aus Biomasse in der Zukunft ein?

Der Einsatz von Strom aus Biomasse soll vor allem zum Ausgleich fluktuierender Wind- und Solarstromerzeugung genutzt werden. Darüber hinaus sehen wir unverträgliche Bioenergien – in erster Linie erzeugt aus Abfall- und Reststoffen - auch als eine wichtige Wärmequelle im Rahmen von effizienten Nahwärmesystemen an.

Klima- und Ressourcenschutz

Welche Potentiale sieht Ihre Partei bei der Abfallwirtschaft und wie bewerten Sie die Bedeutung für den Klima- und Ressourcenschutz?

Wir sehen weiterhin hohe Potentiale, die mit geeigneter Gesetzgebungsflankierung und besserem Vollzug gehoben werden könnten. Sowohl die gesammelten Mengen (Stichwort Bioabfall) als auch die Verwertung (Stichwort Verbrennung) ist zu verbessern.

Wie steht Ihre Partei zur Zielsetzung spätestens 2020 Siedlungsabfälle nahezu vollständig zu

verwerten?

Grundsätzlich positiv.

Hochwertiges Recycling

Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, verbindliche Kriterien zur Definition der Hochwertigkeit festzulegen?

Diese Notwendigkeit wird von uns gesehen und ist nach unserer Ansicht auch durch 5-stufige Abfallhierarchie die EU vorgegeben.

Wird Ihre Partei einen entsprechenden Vorschlag von Anforderungen, die an die Hochwertigkeit und deren Überwachung zu stellen sind, definieren?

Ja, so wollen wir unter anderem in der kommenden Periode eine Verordnung für den Sperrmüll erarbeiten lassen, die die 5-stufige Abfallhierarchie auch in diesem Bereich umsetzt.

Deponierung

Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit auch zukünftig Deponien zur Ausschleusung von Schadstoffen aus dem Stoffkreislauf zu betreiben?

Ja, eine solche Ausschleusung ist auch für ein hochwertiges Recycling notwendig und wird von uns nicht in Frage gestellt. Ziel muss es aber sein, bereits die Einschleusung von Schadstoffen in den Stoffkreislauf zu minimieren bzw. zu beenden.

Wie steht Ihre Partei zu dem prognostizierten Engpass an Deponiekapazitäten - insbesondere für Deponien der Klasse I?

Es ist Aufgabe der Bundesländer die notwendigen Kapazitäten vorzuhalten. Entsprechende Untersuchungen, die von den Ländern in Auftrag gegeben wurden, zeigen ein regional differenziertes, gemischtes Bild. Des Weiteren hat auch die geplante Mantelverordnung zum Umgang mit mineralischen Ersatzbaustoffen einen starken Einfluss auf zukünftige Bedarfe. Hier muss sich die neue Bundesregierung dazu äußern, ob sie den im Bundesrat liegenden Entwurf weiterverfolgen möchte. Anforderungen an einen verbesserten Rückbau und die Getrennthaltung auf Baustellen können sich positiv auf die Recyclingmengen und damit mindernd auf die zu beseitigenden mineralischen Massen auswirken.

Gewerbeabfallverordnung

Aufgrund der deutlich unterschiedlichen spezifischen Gewichte der verschiedenen Sortierfraktionen ist zu hinterfragen, ob das Ziel eines hochwertigen Recyclings durch Sortier- und Recyclingquoten tatsächlich für alle Sortierfraktionen erreicht wird. Wie sieht Ihre Partei das?

Klar ist, ohne einen besseren Vollzug werden die Vorgaben nicht erreicht. Insbesondere die verschärften Anforderungen an die Getrenntsammlung können bei entsprechendem Vollzug zu deutlich besseren Recyclingquoten führen und die Abfallverbrennung verringern. Die Sortierquoten

sind auf den ersten Blick anspruchsvoll, doch haben wir schon in der Vergangenheit erlebt, dass die Anlagenbetreiber sehr wohl in der Lage sind diese Anforderungen zu erfüllen. Entsprechend haben sich auch die betroffenen Entsorger im parlamentarischen Verfahren geäußert, teilweise wurden noch höhere Quoten gefordert.

Auch ist die Politik in der Pflicht, den Vollzug der Verordnung durch die Bundesländer sicherzustellen, denn nur so kann das Ziel der Gewerbeabfallverordnung - eines verbesserten Umweltschutzes - erreicht werden. Plant Ihre Partei notwendige Umsetzungshilfen zur Verfügung zu stellen?

Über die Bund-Länder Arbeitsgruppe erfolgt ein regelmäßiger Austausch. Dies ist auch vernünftig. Falls hier die Länder den Bedarf an Umsetzungshilfen signalisieren, werden wir uns diesem nicht verschließen.

Schwer abzuschätzen sind auch der zeitliche Mehraufwand und die zu erwartenden Kosten durch die Dokumentationspflichten für die Unternehmen. Wie steht Ihre Partei dazu und wo sehen Sie eine Möglichkeit vor allem kleine und mittelständische Unternehmen zu unterstützen?

Dies ist insbesondere eine Frage des Vollzuges. Da aber noch keine Erfahrungen mit der neuen Verordnung vorliegen, ist es zu früh darüber schon qualifiziert Aussagen zu treffen. Falls es hier Ideen und Vorschläge werden wir sie gerne prüfen und ggf. entsprechend umsetzen, grundsätzlich wollen wir klein- und mittelständische Unternehmen unterstützen.